

Presseinformation

Mit Realismus statt Propaganda ins Superwahljahr 2017: Anhänger vernünftiger Energiepolitik tagten in Berlin

Berlin, 20. Februar 2017

Regierungsamtlichen „Erfolgsgeschichten“ zum Trotz erfährt die aktuelle „Energiewende“-Politik flächendeckend Gegenwind aus der Bevölkerung. Bundesweit sind über 650 Bürgerinitiativen gegen den Ausbau von Windkraftanlagen engagiert und in zehn Landesverbänden, mehreren dutzende Regionalbündnissen und einer Bundesinitiative vernetzt. Gestern trafen sich Vertreter aller Flächenländer zur Strategieklausur in der Hauptstadt.

Zwei Wochen nachdem das Bundeswirtschaftsministerium eine Hochglanzbroschüre zur vermeintlichen Erfolgsgeschichte der Energiewende an Millionen Haushalte verteilen ließ, kamen Delegierte windkraftkritischer Landesbündnisse in Berlin zu einem Arbeitstreffen zusammen. Ihre Wahrnehmung:

In rasantem Tempo werden wetterabhängige Stromerzeugungsanlagen in die Landschaft gesetzt – viel mehr und viel schneller, als es der Bundesgesetzgeber beabsichtigte. Anlagen, für deren Zufallsprodukt es immer häufiger keine Verwendung gibt, deren Betreiber sich dennoch über auf 20 Jahre garantierte, weit über dem (häufig negativen) Marktwert liegende Vergütungen freuen dürfen.

Im Namen und in Folge der auf Windkraft fixierten „Energiewende“

- werden naturnahe Regionen bis hin zu Naturparks der Windkraftindustrie geopfert – zuletzt sogar unter Einsatz von Polizeigewalt;
- soll das Bundesnaturschutzgesetz zugunsten der Windkraftindustrie (Kabinettsbeschluss vom 10. Februar 2016) ausgehöhlt werden;
- finanziert die Allgemeinheit zunehmend die Produktion von „Energiemüll“, der teuer entsorgt werden muss.

Trotz alledem sinken die CO₂-Emissionen nicht nennenswert und ausländischer Atomstrom bleibt unverzichtbar.

Angesichts des im ganzen Land als Belastung von Natur, Landschaft und Lebensqualität erlebten, dabei technisch und ökonomisch fragwürdigen Windkraftausbaus berieten die Landesbündnisse auf Einladung der Bundesinitiative **VERNUNFTKRAFT**, darüber, wie vernünftigen Weichenstellungen der Weg geebnet werden kann.

Die aus allen Flächenländern angereisten Delegierten beschlossen verschiedene bundesweite Aktionen, mit denen die energiewirtschaftliche Realität im Superwahljahr 2017 stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden soll.